

Norddeutsch, protestantisch, liberal – Gründerpersönlichkeiten der CDU in Mecklenburg- Vorpommern

Von Christian Schwießelmann

Die Gründung der CDU in der SBZ hatte ihre Besonderheiten. Die CDU war als antifaschistisch-demokratische Partei von Anbeginn in der Blockpolitik der deutschen Kommunisten gefangen, die von den sowjetischen Besatzern offensichtlich protegiert wurden. Dennoch fiel der Unionsgedanke auch östlich der Elbe auf fruchtbaren Boden. Der Landesverband der CDU Mecklenburg-(Vorpommern) erreichte einen im Vergleich zu heute beachtlichen Organisationsgrad. Im Dezember 1948 zählte er 29.028 Mitglieder.¹ Bei den Landtagswahlen 1946 erzielte der nördlichste Landesverband mit 34,1 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis für die CDU.

Der relative Erfolg lässt sich nicht nur auf die geschichtlichen Traditionen und die ausgesprochen ländlichen Strukturen Ostelbiens zurückführen. Ein Grund dafür liegt zugleich in dem Wirken charismatischer Führungspersönlichkeiten wie Reinhold Lobedanz, Siegfried Witte und Werner Jöhren. Was sie einte, war mehr als eine gemeinsame Lehre aus dem Niedergang des Nationalsozialismus. Es war eine politische Mentalität, deren Klammer in einer norddeutschen, protestantischen und liberalen Gesinnung bestand. Diese Mentalität prägte den Landesverband nachhaltig.

Viele wichtige Gründungsmitglieder wie Lobedanz, Jöhren und Witte gehörten vor der NS-Diktatur den liberalen Parteien an. Ihr Eintritt in die Union schwächte das liberale Lager nach dem Zweiten Weltkrieg und trug zur Verzögerung bei der Gründung der LDP bei.² Allerdings zeigen die nachfolgenden biographischen Skizzen, wie differenziert die weitere Entwicklung im Landesverband unter dem starken Druck der SMA und der im Frühjahr 1946 gegründeten SED verlaufen konnte. Während Reinhold Lobedanz den Weg der Anpassung ging und den Landesverband qua seiner Autorität als Landesvorsitzender mit sich „führte“, gaben Siegfried Witte und Werner Jöhren ihre politischen Ideale nicht preis. Siegfried Witte kämpfte unermüdlich für die Weiterexistenz eines privaten Unternehmertums. Der Wirtschaftsminister und

1 Vgl. Ralf Thomas BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 36), Düsseldorf 2001, S. 483.

2 Es gab sogar Überlegungen eines Zusammengehens mit der CDU, da vor allem in den ehemaligen Hochburgen der DDP – Rostock und Schwerin – DDP-Politiker in die Union eintraten. Vgl. Ines SOLDWISCH, *Die Geschichte der Liberaldemokratischen Partei in Mecklenburg von 1946 bis 1952*, Diss., Rostock 2004, S. 29ff.

Rostocker Unternehmer wusste um die „Überlegenheit“ der Marktwirtschaft gegenüber der Planwirtschaft. Politisch trug er die Annäherung an die SED bis 1950 mit. Werner Jöhren handelte radikaler: Der Anhänger Jakob Kaisers war bereits im Januar 1948 als Landrat auf Usedom untragbar. Dies führte zu seinem Rücktritt und brachte ihn nach der Übersiedlung nach Westberlin schließlich in das Ostbüro der CDU, das den Widerstand aufrichtiger Christdemokraten in der SBZ unterstützte.

Der Irrweg der Nachgiebigkeit: Reinhold Lobedanz

Der Gründungskern der CDU in Mecklenburg sammelte sich um den damals 65-jährigen Schweriner Ministerialbeamten Dr. Reinhold Lobedanz. Der versierte Jurist hatte bereits in der großherzoglichen Domänenverwaltung Karriere gemacht und wirkte in der Weimarer Zeit aktiv in der DDP.³ Seine respektvolle Erscheinung, aber auch seine Nachgiebigkeit gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED war legendär,⁴ sie bestimmte den Weg des Landesverbandes Mecklenburg-(Vorpommern) entscheidend mit. Die Unfähigkeit, sich aus den Fängen der Blockpolitik zu befreien, brachte Lobedanz höchste Staatsämter in der jungen DDR, zugleich die Verachtung ehemaliger Weggefährten ein.

Reinhold (Theodor Adolf Emil) Lobedanz kam am 29. August 1880 in Schwerin im Hause seines Großvaters zur Welt. Sein Großvater Carl Adolf Wilhelm Lobedanz – bereits im Schweriner Wohnungsanzeiger von 1843 verzeichnet – war Kunst- und Handelsgärtner und stand in gutem Ruf beim großherzoglichen Hofe, so dass ihn bald der Titel eines Großherzoglichen Hoflieferanten zierte. Allerdings fehlte es dem ausgezeichneten Gärtner an Geschäftssinn – wie sein Enkel später urteilte.⁵ Dadurch lebten die Familie und ihre Nachkommen in einfachen Verhältnissen. Im Stadtbild Schwerins bezeugt

3 Kurze Anmerkungen zum Lebensweg von Dr. Reinhold Lobedanz enthält das *Handbuch für den Mecklenburgischen Landtag*, Schwerin 1946, Reprint 1996, S. 100. Nach seiner Wahl zum Präsidenten der Provisorischen Länderkammer der DDR 1949 erhielt Lobedanz einen Eintrag im Munzinger-Archiv, Lieferung 46/49, 8.12.1949, Bl. 2920. Eingang fand Lobedanz auch in einschlägigen biographischen SBZ/DDR-Lexika, z. B. *Wer war wer in der DDR, ein biographisches Handbuch*, Frankfurt/M. 1995, S. 461. Von eingeschränktem Wert aufgrund ihrer ideologischen Überzeichnungen ist die biographische Skizze des ehemaligen Schweriner CDU-Bezirksverbandsvorsitzenden Hans KOCH, *Reinhold Lobedanz* (Reihe Christ in der Welt), 1. Aufl., Berlin 1977.

4 Vgl. Friedrich-Wilhelm SCHLOMANN, *Die Absetzung von Jakob Kaiser und Ernst Lemmer vor 50 Jahren in der SBZ. Eine persönliche Erinnerung*, unter www.jakob-kaiser.de/40.html.

5 Vgl. Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 03-044-059/1. BV Schwerin, Personalakte Dr. Reinhold Lobedanz, Abschrift eines ausführlichen Lebenslaufs von Lobedanz.

der Lobedanzgang als damaliger Standort der Gärtnerei das hohe Ansehen des Großvaters. Der Vater Dr. Emil Lobedanz lehrte am hiesigen Realgymnasium neue Sprachen. Die Mutter Franziska, geb. Sievers, war von Beruf ebenfalls Lehrerin und entstammte der Familie eines Flensburger Justizrates.

Nach der Reifeprüfung am Schweriner Gymnasium Ostern 1899 studierte Reinhold Lobedanz Rechtswissenschaften in Heidelberg, Leipzig und Rostock. In Leipzig schloss er sich dem politisch neutralen Corps Lusatia an. 1903 promovierte Lobedanz mit einer familienrechtlichen Arbeit⁶ und bestand das erste juristische Examen. Nach der zweiten Staatsprüfung bewarb er sich 1907 für den Staatsdienst in Mecklenburg-Schwerin. Das Großherzogliche Finanzministerium stimmte zu und übernahm ihn als Amtsassessor in die Abteilung Domänen und Forsten. In den Folgejahren durchlief Lobedanz die verschiedenen Ämter und Stationen der Domänialverwaltung, bis er 1912 zum Leiter des Versicherungsamtes in Wismar und 1914 in Schwerin aufstieg. Als solcher war Lobedanz auch im Ersten Weltkrieg unabkömmlich. Einen Namen machte sich der Regierungsrat mit seinem sozialpolitischen Engagement im Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose. Unter seiner Regie entstand die erste Lungenfürsorgestelle in Mecklenburg. 1920 berief man ihn zum Ministerialrat in die Abteilung Sozialpolitik des Schweriner Ministeriums.⁷ Diesen Karriereprung verdankte Lobedanz einerseits seinem Einsatz auf sozialem Gebiet, andererseits wohl auch der Protektion seiner republikanisch gesinnten Parteifreunde in der DDP, die nach 1919 mit der SPD in Mecklenburg-Schwerin mehrfach eine Koalitionsregierung bildete. In den folgenden Jahren wechselte Lobedanz auch in andere Ressorts – darunter das Staatsministerium – und leitete die Abteilungen für Schul-, Hochschul- und Kunstangelegenheiten.⁸

Lobedanz war von 1919 bis 1930 Mitglied der DDP. Die Deutsche Demokratische Partei repräsentierte den linksorientierten Flügel des zersplitterten deutschen Liberalismus nach dem Kriege. Sie forderte Treue zum unbeliebten neuen Staat, seiner republikanisch-demokratischen Staatsform. Die DDP erreichte in Mecklenburg nur in Schwerin und Rostock eine nennenswerte politische Schlagkraft. Während in Rostock kleine Kaufleute, Handwerker, Lehrer, Anwälte und Industrielle wie Friedrich Witte das Parteileben bestimmten, fanden sich in der Residenzstadt Schwerin auch Beamte wie Reinhold Lobedanz unter den Anhängern. Der umtriebige Ministerialrat mischte daneben im

6 Reinhold LOBEDANZ, § 1381 B.G.B.'s. *Inauguraldissertation zur Erlangung der juristischen Doktorwürde der hohen Juristenfakultät zu Rostock*, Schwerin i. M. 1904; Universitätsarchiv Rostock, J. D. 755/1903/04, Promotionsunterlagen Reinhold Lobedanz.

7 Landeshauptarchiv Schwerin (LHAS), Landesregierung 1946–52. Personalakte Nr. 259, Dr. Reinhold Lobedanz.

8 LHAS 6.11–1. Nr. 297. Landtag Mecklenburg 1946–1952, Fragebogen und Lebensläufe führender Landtagsabgeordneter und -angestellter Oktober 1948, Abschrift eines Lebenslaufs von Dr. Lobedanz.

Vorstand des Beamtenbundes und im Schweriner Stadtrat mit. In der kleinen Partei konnte Lobedanz schnell aufsteigen; die Personaldecke war ohnehin dünn. Im chronisch unterfinanzierten Parteiorgan „Demokratische Blätter“ taucht sein Name 1922 zunächst als Vorstandsmitglied in der Ortsgruppe Schwerin auf, 1923 trat er bereits als Ortgruppenvorsitzender und 1924 als Vorsitzender des Landesverbandes in Erscheinung.⁹ Eigentliche Wortführer der Partei auf Vortragsveranstaltungen blieben aber der Rostocker Unternehmer Dr. Friedrich Witte und der Lehrer, Landtagsabgeordnete und spätere Staatsminister Dr. Richard Moeller. Als die Partei 1930 mit dem Jungdeutschen Orden zur Deutschen Staatspartei fusionierte, trat Lobedanz aus. Nach eigener Aussage billigte er weder den Namens- noch den politischen Kurswechsel.¹⁰

Reinhold Lobedanz „überwinterte“ als unverzichtbarer Beamter während des Dritten Reichs im Staatsdienst. Allerdings stagnierte seine Karriere aufgrund der Mitgliedschaft in einer den Nationalsozialisten verhassten „Systempartei“. Der Reichsstatthalter Friedrich Hildebrandt hielt ihn für unzuverlässig.¹¹ Er erlebte manche Zurücksetzung und verlor seinen ältesten Sohn Gerhard im Zweiten Weltkrieg, der als promovierter Jurist in des Vaters Fußstapfen treten wollte. Nach Kriegsende war Lobedanz einer der wenigen unbelasteten höheren Ministerialbeamten. Ingesamt wurden 136 Beamte aus dem Apparat des Staatsministeriums 1945 übernommen, obwohl die KPD dem Berufsbeamtentum den Kampf angesagt hatte. Lobedanz übernahm trotz seines Pensionsalters von 65 Jahren im Juni 1945 die Abteilung Innere Verwaltung und die Abteilung Volksbildung. Die KPD konnte den „alten Ministerialrat“ zunächst nicht einschätzen,¹² betraute ihn dann aber im November 1945 mit der Leitung der Präsidialabteilung beim Präsidenten der Landesverwaltung bzw. beim späteren Ministerpräsidenten Wilhelm Höcker (SPD, dann SED). Infolge der DDR-Gründung 1949 kamen zahlreiche repräsentative politische Ämter hinzu, so dass sich Lobedanz im März 1950 als beinahe 70-Jähriger beurlauben ließ.

Der Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration vom 10. Juni 1945 erlaubte die Bildung antifaschistischer Parteien. Dass die allseits von den Sowjets protegierte KPD zuerst eine „Landesleitung“ auf die Beine stellte, verwundert kaum, wohl aber dass die Christdemokraten den Sozialdemokraten zuvorkamen.¹³ Hier war es Lobedanz, der mit früheren Schwe-

9 „Demokratische Blätter“ vom 5.3.1922, 21.1.1923, 14.11.1924.

10 Vgl. ACDP 03-044-059/1 (wie Anm. 5).

11 Ebd.

12 Vgl. Detlev BRUNNER, *Die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern unter sowjetischer Besatzung 1945–1949*, Bd. 1: *Die ernannte Landesverwaltung, Mai 1945 bis Dezember 1946. Eine Quellenedition*, 1. Aufl., Bremen 2003, S. 118.

riner DDP-Freunden die CDU als „Unterabteilung“ der Berliner Gründung ins Leben rief. Ein Antrag auf Zulassung der CDU bei den SMA wurde nicht gestellt, „die Registrierung erfolgte aufgrund eines mündlichen Vortrages“.¹⁴ Während zum Beispiel in Greifswald der Name der überkonfessionellen Sammlungspartei lange Zeit strittig war, wurden in Schwerin Nägel mit Köpfen gemacht. In den vorläufigen Landesvorstand wählte man neben dem Landesvorsitzenden Lobedanz Hans Krukenmeyer als Stellvertreter, Werner Pöhls als Schriftführer, Hans Wittenburg als Kassierer und weitere Beisitzer.¹⁵ Die meisten waren ehemalige DDP-Mitglieder, protestantisch und Schweriner. Man kannte sich z.T. seit Jahrzehnten. Dies bewirkte eine gewisse Dominanz Schwerins im Landesvorstand, die eine Einflussnahme der Besatzungsmacht erleichterte.

Reinhold Lobedanz fügte sich von Anbeginn in die Block- und Bündnispolitik der KPD. Die Bodenreform 1945 befürwortete er genauso wie die Volkskongressbewegung 1947. Dadurch trug er maßgeblich zur Absetzung des ersten Zonenvorsitzenden Dr. Andreas Hermes und seines Nachfolgers Jakob Kaiser bei. Die wachsende Entfremdung zwischen der standfesten Zonenleitung und Lobedanz wurde vor dem 2. Parteitag der SBZ-CDU 1947 in Berlin deutlich. Lobedanz rechnete bereits im August 1947 mit einer „Versteifung der Zonengrenzen“¹⁶. Dennoch sprach der erweiterte Landesvorstand Jakob Kaiser das uneingeschränkte Vertrauen aus. Nach dem Parteitag im September kritisierte Lobedanz Kaisers Referat in wesentlichen Punkten. Kaiser nehme zuviel Rücksicht auf seine westdeutsche Heimat, seine Vorstellung der Union als Brücke zwischen West und Ost beruhe auf einer Selbstüberschätzung.¹⁷

Lobedanz redete damit den Gegner Kaisers in der SED und in der SMA das Wort. Ohne sich dessen bewusst zu sein, machte sich Lobedanz zum Helfer der SED-Differenzierungspolitik zwischen fortschrittlichen und reaktionären Kräften innerhalb der CDU. Als reaktionär erwiesen sich in SED-Augen solche „Unionsfreunde“, die der SED keine Führungsrolle zugestehen wollten und für die parlamentarische Demokratie zu kämpfen bereit waren. Hierzu zählten die zwei einzigen CDU-Landräte Adalbert Schreiber (Schönberg) und Werner Jöhren (Usedom) ebenso wie der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Dr. Karl-Heinz Kaltenborn und der CDU-Wirtschaftsminister Dr.

13 EBD. S. 60. Der Grund lag darin, dass die Sowjets die Zulassung der SPD für das Land verzögerte, weil sie den Rostocker Sozialdemokraten Albert Schulz als 1. Vorsitzenden und Rostock als Sitz des Landesvorstandes ablehnten.

14 ACDP 02-036-082, Bl. 10. LV Mecklenburg, Gründung des Landesverbandes, Antrag auf Zulassung einer politischen Partei im Gebiet Mecklenburg vom 7.7.1945.

15 Niederschrift der Gründungsversammlung der CDU am 5. Juli 1945. Ebd., Bl. 5.

16 Protokoll über die Sitzung des erweiterten Landesvorstandes am 9.8.1947. Ebd., Bl. 25.

17 Protokoll über die Sitzung des Landesvorstandes am 27.9.1947. Ebd., Bl. 26.

Siegfried Witte. Unter Gefahr für Leib und Leben verließen sie alle bis 1950 die SBZ/DDR.

1950 war die Parteisäuberung der CDU in vollem Gange. Reinhold Lobedanz war mittlerweile der einzige CDU-Landesvorsitzende in der SBZ/DDR, der seit 1945 ununterbrochen wirkte. Andere wurden abgesetzt und inhaftiert. Seine Anpassungsbereitschaft dagegen wurde mit honorigen Ämtern belohnt. Nach der Landtagswahl 1946 avancierte Lobedanz zunächst zum 1. Vizelandtagspräsident, nach Gründung der DDR wurde er Präsident der provisorischen Länderkammer. Das Amt behielt Lobedanz auch, nachdem die Länder und mit ihnen die Landesparteiorganisationen 1952 abgeschafft wurden. Die Länderkammer verschwand erst 1958. Ehrenamtlich wirkte Lobedanz im Vorstand des von ihm in Mecklenburg mitbegründeten Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands mit, er gehörte dem Zentralvorstand der Volksbühne an, war Mitglied in der Gesellschaft für Deutsch-Polnische und Deutsch-Sowjetische Freundschaft, deren Vizepräsident er 1950 wurde. Die ersten Einheitslistenwahlen am 15. Oktober 1950 besicherten ihm ein weiteres Mandat für den mecklenburgischen Landtag sowie für die Volkskammer.

Auf dem 2. Parteitag der SBZ-CDU 1947 wurde Lobedanz gegen Widerstände zum 3. Vorsitzenden der CDU gewählt. Der 2. Vorsitzende Ernst Lemmer verhinderte Lobedanz' Schiffbruch, indem er die Abstimmung wiederholen ließ. Lobedanz mutmaßte hinterher über den Widerwillen der Delegierten, dass „man in mir einen unbedingten Anhänger der Blockpolitik gesehen hat“.¹⁸ Gemeinsam mit dem sächsischen Landesvorsitzenden Hugo Hickmann bildete Lobedanz in den Kaiserkrise 1947/48 eine Interimsparteileitung.

Die Konfliktscheu des Landesvorsitzenden war in der CDU Mecklenburgs kein Geheimnis: man erzählte auch noch Jahrzehnte später darüber, dass er brenzlige Sitzungen mied und sich von den Sowjets „bearbeiten“ ließ.¹⁹ Zum Beispiel: Lobedanz „erkrankte“ vor der Tagung des in der CDU umstrittenen Volkskongresses plötzlich. Dennoch, so berichtet der Zeitzeuge Friedrich Wilhelm Schломann, hätten ihn drei Russen aus seiner Wohnung am Jungfernstieg in Schwerin mit einem Auto abgeholt und nach Berlin gebracht, wo er ins Präsidium des Volkskongresses gewählt worden sei.²⁰ Die Teilnahme von Lobedanz am Volkskongress trug unter den Mitgliedern nicht zur Steigerung seines Ansehens bei. Sie erschütterte sogar das Vertrauen in die Aufrichtigkeit und die Standfestigkeit des Parteiführers. Der „Spiegel“ spottete über das Lavieren von Lobedanz: „Er versteht es geschickt, klaren Bekenntnissen durch

18 Ebd.

19 Erkenntnis aus dem Gespräch des Autors mit dem ehemaligen stv. Vorsitzenden des CDU-BV Schwerin, Heinz Dierenfeld, am 19.10.2004.

20 Vgl. Friedrich Wilhelm SCHLOMANN, *Mit so viel Hoffnung fingen wir an 1945–1950*, München 1991, S. 117.

unklare Erkrankungen auszuweichen. Das weiß auch Gelegenheitsdichter Nuschke: »und schließlich gibt's den Lobedanz, der windet sich wie'n Seidenschwanz«.²¹

Aus Sicht der SED war die Umerziehung des bürgerlichen Parteivorsitzenden Reinhold Lobedanz erfolgreich, wenngleich letzte Zweifel blieben. In einer Beurteilung des Landtagdirektors Ott für die SED-Landesleitung aus dem Jahre 1950 hieß es über Lobedanz: „... hat das Hauptverdienst bei der Durchsetzung der Parteilinie in Mecklenburg, stand im öffentlichen Gegensatz zu Witte und Kaltenborn, trotzdem werden immer wieder Zweifel an seiner wahrhaft fortschrittlichen Gesinnung laut“.²² Schließlich konstatierte die SED-Landesleitung bei Lobedanz 1951 eine Entwicklung in ihrem Sinne. Die Beurteilung offenbart zudem, dass sich Lobedanz mit seinem Kurs der Anpassung in die Rolle eines willfähigen Handlungers der Staatspartei manövriert hatte: „Während er in den ersten Jahren als undurchsichtig und unsicher gehalten werden mußte, hat er sich im weiteren Verlauf immer offener und entschiedener für die Blockpolitik eingesetzt. Dabei hat er innerhalb der CDU für eine Durchsetzung der offiziellen Parteilinie gegen reaktionäre Elemente gekämpft. Dieses geschah nicht immer entschieden genug, aber wenn er auf schädliche Erscheinungen hingewiesen wurde, trat er für die Beseitigung ein. Er ist heute als positiv zu betrachten.“²³

Tatsächlich schwenkte Lobedanz 1951 völlig auf die SED-Linie ein. Seine Rede in der Volkskammer am 30. Januar 1951 war unverhohlene Propaganda-Hetze gegen die verhassten Westpolitiker Adenauer und Kaiser. Sie bezichtigte Jakob Kaiser des Verrates an der Einheit Deutschlands und war Ausdruck einer deutschlandpolitischen Offensive der SED.²⁴ Wenige Monate zuvor hatte er die unbeugsame CDU-Stadtfraktion in Plau am See auf SED-Kurs verpflichtet.²⁵

Im Dezember 1952 zog sich Lobedanz wegen seiner Berliner Funktionen aus dem neuen CDU-Bezirksvorstand Schwerin zurück.²⁶ Bald schied er auch

21 „Der Spiegel“, 6.6.1951. Für den Hinweis bedankt sich der Autor bei Dr. Eler Lobedanz, dem Enkel von Reinhold Lobedanz.

22 LHAS 6.11–1, Nr. 298, Bl. 3. Landtag Mecklenburg 1946–1952. Personalfragenbogen, Lebensläufe usw. von Angehörigen des Landtages 1948–1950. Beurteilungen der Landtagsabgeordneten, 2.8.1950.

23 LHAS 10.34–1, Nr. 591, Bl. 12. SED-Landesleitung Mecklenburg, CDU 1946–1950, Beurteilung von Dr. Lobedanz durch Kurt Bürger, 12.6.1951.

24 Die Rede erschien zusammen mit dem Appell der Volkskammer „Deutsche an einen Tisch!“ als Broschüre unter dem Titel *Die Wahrheit über Konrad Adenauer und Jakob Kaiser*, Berlin-Ost 1951.

25 Vgl. Kurt TAPPENBECK, *Jenseits von Recht und Menschlichkeit. Erinnerungen eines mecklenburgischen Zeitzeugen*, 2. Aufl., Schwerin 1999, S. 73.

26 ACDP 07-011-1434. DDR-CDU, BV Schwerin, Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstandes am 1.12.1952.

aus dem Bezirkstag Schwerin aus, den er am 29. Juli 1952 als Alterspräsident eröffnet hatte. 1954 wurde er nochmals als Präsident der Länderkammer bestätigt und bekam von Wilhelm Pieck den Vaterländischen Verdienstorden in Gold verliehen. Überzeugt von der Kraft des Faktischen, der einmal etablierten sozialistischen Ordnung begann er mit dem Studium der Werke von Marx, Lenin und Stalin. Mehrere Reisen in die Sowjetunion mögen ihn in dieser Überzeugung bestärkt haben. Am 5. März 1955 verstarb Reinhold Lobedanz an plötzlichem Herzversagen. An der Trauerfeier am 10. März 1955 in Schwerin nahmen der stellvertretende Ministerpräsident und DDR-CDU-Vorsitzende Otto Nuschke, der Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann (LDPD) und Lobedanz' Stellvertreter in der Länderkammer August Frölich (SED) teil. Reinhold Lobedanz wurde auf dem alten Schweriner Friedhof beigesetzt.²⁷

Ein Wirtschaftsminister auf Widerruf – Siegfried Witte

Dr. Siegfried Witte gehörte zu den herausragenden Persönlichkeiten bei der Gründung der CDU in Mecklenburg und Vorpommern 1945. Anders als z. B. der Landesvorsitzende Reinhold Lobedanz arrangierte sich der erste Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-(Vorpommern) nicht mit den Machthabern der „roten“ Diktatur. Für seine Überzeugung von der marktwirtschaftlichen und unternehmerischen Freiheit zahlte er den hohen Preis politischer Verfolgung und musste nach Westdeutschland fliehen. Mit der Auslobung des Siegfried-Witte-Preises für besonderes kommunalpolitisches Engagement versuchte die Landes-CDU 2005, an ihre zu DDR-Zeiten verkümmerten demokratischen Wurzeln zu erinnern.²⁸

Siegfried Witte kam als zweiter Sohn des liberalen Politikers und Pharmaziefabrikanten Dr. Friedrich Carl Witte (1864–1938) am 9. Februar 1897 in Rostock zur Welt. Die Wittes verkörperten liberales Bürgertum im besten Sinne.²⁹ Der Großvater Dr. Friedrich Witte (1829–1893) gründete in Rostock 1856 eine kleine pharmazeutische Fabrik, die aus der Hirsch-Apotheke hervorging. Zugleich schaffte er 1879 im Wahlkreis Hagenow-Grevesmühlen den Sprung in den Reichstag und gehörte zur Sezession von 1880 (Freisinnige Vereinigung). 1884 bis 1893 vertrat er den thüringischen Wahlkreis Sonneburg-

²⁷ Vgl. ACDP 03-044-59/1 (wie Anm. 5).

²⁸ Vgl. Preisauslobung Dr. Siegfried-Witte-Preis auf der Veranstaltung „60 Jahre CDU in Stralsund“. Die Veranstaltung fiel wegen der vorgezogenen Bundestagswahl aus, und der Preis wurde auf dem Landesparteitag vergeben.

²⁹ Vgl. Bodo KEIPKE, *Siegfried Witte*, in: Sabine PETTKE (Hg.), *Biographisches Lexikon für Mecklenburg*, Bd. 3, Rostock 2001, S. 321f. Kurzbiographie bei Damian van MELIS/Rolf BARTUSEL, *Funktionseliten in Mecklenburg-Vorpommern 1945 bis 1952. Ein biographisches Lexikon*, Münster 1999 www.mv-data.de, S. 57.

Saalfeld als Reichstagsabgeordneter. Der Vater scheiterte zwar an dieser Wahlhürde, war aber Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei, ihr mecklenburgischer Vorsitzender und Mitglied im verfassunggebenden Landtag Mecklenburg-Schwerin 1919.³⁰

Witte atmete den liberalen Freigeist des Elternhauses seit frühester Jugend, er besuchte nach der Volksschule ab Ostern 1909 die Große Stadtschule in Rostock. Als dann 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, meldete er sich – kaum siebzehnjährig – als Kriegsfreiwilliger. Während sein älterer Bruder fiel, kam Witte mit einer Lungenerkrankung davon. Der Infanterist schied im Rang eines Leutnants der Reserve im Dezember 1918 aus der sich auflösenden Reichswehr aus, nicht ohne vorher von der eigenen Kompanie in geheimer Abstimmung zum Mitglied des Soldatenrats gewählt worden zu sein.

Darauf studierte Witte an der Handelshochschule Berlin Betriebs-, Volkswirtschaft und Wirtschaftsgeographie und bestand im August 1920 die Examen zum Diplomkaufmann. Eine Dissertation an der Universität Frankfurt mit dem Titel „Einschränkung und Unterhaltung der Unternehmerinitiative in der modernen Industrientwicklung“ folgte im Juli 1921. Nach diesem Blitzstudium trat Siegfried Witte zunächst als Angestellter, dann Prokurist und ab 1925 als Teilhaber in die väterliche Firma ein. Zusammen mit seinem Bruder Carl August führte er die Firma auch nach dem Tode des Vaters 1938 weiter.

Siegfried Witte vermarktete die Pepton-, Ferment- und Lecithinpräparate seiner Firma bis nach Lateinamerika. Geschäftsreisen verhinderten politisches Engagement. Er trat 1926 der DDP zu einer Zeit bei, als diese bereits spürbar an Bedeutung verloren hatte. Nach der Machtergreifung Hitlers zog sich Witte völlig zurück. Die Distanz zum NS-Regime war groß. Neben den immer schwieriger werdenden geschäftlichen Angelegenheiten engagierte sich Witte im politisch eher unverdächtigen kirchlichen Raum: So als Vorsitzender der Treuhandstelle der Inneren Mission Mecklenburg. In dieser Eigenschaft prüfte er z. B. Rechnungen und Geschäftsbücher des Diakonissenhauses und Kinderheims Lobetal in Lübtheen, wie Akten des Schweriner Oberkirchenrats belegen.³¹

Aus dem Zweiten Weltkrieg zog der bisher scheinbar apolitische Witte eine persönliche Konsequenz. Schon Ende Juli 1945 begründete Witte mit Gleichgesinnten einen CDU-Ortsverein in Rostock. Bereits am 4. August reichte Witte beim damaligen Rostocker Oberbürgermeister Seitz den Antrag auf Regis-

30 Vgl. LHAS 6.11-1/300. Landtag Mecklenburg 1946–1952. Personalunterlagen und Charakteristiken ausgeschiedener Abgeordneter 1948–1952, Personalfragebogen und Lebenslauf Dr. Witte; Landtag Mecklenburg (Hg.), *Handbuch für den Mecklenburgischen Landtag 1. Wahlperiode*, Schwerin o.J., S. 66.

31 Landeskirchliches Archiv Schwerin (LKAS), Dienstliche Handakten, Dr. Siegfried Witte, Leiter der Treuhandstelle des Mecklenburgischen Landesverbandes für Innere Mission.

rierung ein. Der Antrag bezeugt die Kenntnis des Berliner CDU-Gründungsaufrufes in Rostock sowie eine erste öffentliche Kundgebung der Partei im Ufa-Palast am 19. August. Wichtige Rostocker Mitstreiter in der CDU-Ortsgruppe waren der Oberstudiendirektor Dr. Walther Neumann, die spätere Landtagsabgeordnete Dr. Annemarie von Harlem, der Gewerkschaftler Johannes Knorr, Universitätsprofessor Klinke und der Kurator der Universität, Rechtsanwalt Wilhelm Heinrich, der 1949 zum Oberrichter am Obersten Gerichts der DDR avancierte.³²

Siegfried Witte führte die Ortsgruppe nur bis zum August 1946 und gab den Vorsitz dann an Dr. Neumann ab. Die Ämter drängten zu ihm, nicht er drängte zum Amt. Unbelastete Fachleute waren auch in der bürgerlichen CDU dünn gesät. Zu den Posten als Rostocker Kreisvorsitzender und Stadtverordneter kam nach den Wahlen 1946 noch ein Landtagsmandat hinzu. Die CDU-Fraktion im Mecklenburger Landtag – mit 31 Abgeordneten nach der SED die zweitstärkste – nominierte Witte als Wirtschaftsminister.

Die CDU-Fraktion im 1946 frisch konstituierten Landtag musste der SED schon wegen ihrer Stärke, aber vor allem wegen der Besetzung des Fraktionsvorstandes heftige Auseinandersetzungen liefern. Den Vorsitz führte der unbeugsame Usedomer Landrat Werner Jöhren, dem die Sowjets während der Kaiser-Krise das Verlassen der Insel untersagten. Witte war wie sein späterer Mitarbeiter im Ministerium, Dr. Karl-Heinz Kaltenborn, einer der beiden Stellvertreter.³³ Damals ging der Fraktionsvorstand von dem ernsthaften Willen einer demokratischen Zusammenarbeit mit der SED auf gleicher Augenhöhe aus.

Witte, der zu ehemaligen Sozialdemokraten wie dem Rostocker Oberbürgermeister Albert Schulz gute Kontakte pflegte, schlug auf der 2. Landtags-sitzung Wilhelm Höcker (SED) für das Amt des Ministerpräsidenten als „einen Menschen von klarem Verstande und von warmem Herzen“³⁴ vor. Er selbst wurde Minister für Wirtschaft. Während die SED mit Johannes Warnke (Innen), Gottfried Grünberg (Volksbildung), Alfred Starosson (Handel und Versorgung) die Schlüsselressorts besetzte, stellte die CDU mit Fritz Burmeister (Sozialwesen) und Otto Möller (Landwirtschaft) zwei weitere Minister. Die LDP zog mit Prof. Dr. Gotthilf Strasser ins Finanzministerium.

Ein enormes internes Konfliktpotential der Landesregierung lag von Anfang an darin begründet, dass Warnke in seinem Geschäftsbereich die Personalpolitik für die gesamte Landesverwaltung beanspruchte und auch durchsetzte.

32 Archiv der Hansestadt Rostock, NL Witte, Schreiben Dr. Wittes an den Rostocker Oberbürgermeister Seitz vom 4.8.1945. Als Anlage Liste der führenden Mitglieder in der Ortsgruppe Rostock.

33 LHAS 6.11-1, Nr. 87. Landtag Mecklenburg 1946–1952, Angelegenheiten der CDU-Fraktion, Schreiben der CDU Fraktion an den Landtagspräsidenten vom 21.11.1946.

34 LHAS 6.11-1, Nr. 257. Landtag Mecklenburg 1946–1952, Protokoll der 2. Vollsitzung am 10.12.1946, S. 28.

Damit waren Ämterpatronage und Indoktrination im Sinne der SED Tor und Tür geöffnet. Ein weiteres Konfliktfeld zwischen Warnke – dem eigentlich starken Mann der SED – und Witte tat sich in der Frage der Entnazifizierung auf. Die SED missbrauchte sie, um die Eigentumsverhältnisse umzugestalten. Witte und sein Abteilungsleiter Kaltenborn versuchten, in Einzelfällen zu helfen.³⁵ Immerhin so geschickt, dass sich der mächtige Warnke vor dem Landesvorstand der SED am 20. Februar 1948 darüber beklagte: „Seit Bestehen der Entnazifizierungskommission, überhaupt seit Anlaufen des Befehls 201 bin ich in einem gewissen Streit mit dem Wirtschaftsministerium. Das Wirtschaftsministerium unter Führung von Dr. Witte – lies Kaltenborn – ist der Meinung, daß nach der Direktive Nr. 241 nur die großen Industriebetriebe zu überholen seien, daß in der Führung keine aktiven Faschisten sind. Wir sind aber der Meinung, daß alle aktiven Faschisten, gleichgültig wo sie stecken, ob sie als Techniker oder Arbeiter oder Beamte oder ob sie sonst als selbständige Geschäftsleute tätig sind, wenn sie aktive Faschisten sind, dann werden sie entsprechend der Direktive eingestuft.“³⁶ Daraus folgte die Praxis: Faschist war, wen die SED dazu stempelte.

Der Streit zwischen den Ministern Warnke und Witte – ein Stellvertreterkrieg zwischen SED und der widerspenstigen CDU – wurde auf dem Gebiet der Personalpolitik ausgetragen. Zunächst sollte Witte diszipliniert werden, indem der Alt-KPDler Johnny Löhr als Leiter der Hauptabteilung Industrie ins Wirtschaftsministerium abgestellt wurde. Der studierte Ingenieur war im sowjetischen Exil, kam mit der Gruppe Sobottka nach Deutschland und war später auf Geheiß seiner Partei Mitbegründer und Landesvorsitzender der NDPD. Als Aufpasser für Witte versagte er: „Witte gelang es jedoch im Gegensatz zu den übrigen bürgerlichen Ministern, sich gegen seinen Min. Dir. durchzusetzen, ja, es gelang ihm sogar, Löhr zu loyaler Mitarbeit zu erziehen. Das schadete Löhr natürlich sehr in den Augen der SED und bei den Russen.“ – heißt es in einem Empfehlungsschreiben von Albert Schulz für Witte 1950.³⁷

Da dies aus Sicht Warnkes nicht fruchtete, führte der gewiefte Taktiker im Ministerrat gegen die Stimmen der CDU-Minister im November 1948 einen Beschluss herbei, der seiner Hauptabteilung Personal und Schulung nun die vollen Einsetzungs- und Abberufungsrechte für die Referenten in allen Ministerien und Fachabteilungen zubilligte. Witte protestierte, weil leitenden An-

35 Vgl. Damian van MELIS, *Herrschaft und Verwaltung 1945–1948*, München 1999, S. 276ff.

36 LHAS 10.34-1, Nr. 12. SED Landesleitung Mecklenburg, Protokoll der Landesvorstandssitzung am 20.2.1948, S. 51.

37 Vgl. ACDP 03-036. CDU-LV Mecklenburg, Schreiben Albert Schulz' an den Parteivorstand der SPD, Flüchtlingsbetreuungsstelle Ost betr. Minister a.D. Dr. Witte vom 5.12.1950.

gestellten, darunter Dr. Kaltenborn, prompt gekündigt wurde und er in dieser Kompetenzbeschneidung einen Verstoß gegen die Landesverfassung sah.³⁸ Siegfried Witte musste sich jedoch beugen. Die SED konnte dadurch unliebsame bürgerliche „Elemente“ entfernen und die Verwaltung nach ihrem parteilichen Gusto reinigen.

Anders als für die Anhänger Jakobs Kaisers war die Beteiligung an der Volkskongressbewegung für Siegfried Witte nicht die Wegscheide der Union. Die politische Entwicklung schien er hinzunehmen, nicht aber die wirtschaftliche. Als Wirtschaftsexperte und Verfechter einer eigenständigen Wirtschaftspolitik, in der das Privateigentum keine untergeordnete Rolle spielen sollte, war Witte gefragt. Für das gleichberechtigte Nebeneinander von Privatwirtschaft und Volkseigentum engagierte er sich auf den Volkskongressen und in der Deutschen Wirtschaftskommission. Noch auf dem Leipziger Parteitag der Ost-CDU im November 1949 trug er diese Überzeugung vor.³⁹ Dass die CDU auf den Zweijahresplan der SED eine Antwort fand, verdankt sich ebenfalls seinem Zutun. Allerdings war mit Gründung der DDR diese Position eines friedlichen Nebeneinanders von Privat- und Volkseigentum obsolet. Wittes Zeit lief ab.

Ende des Jahres 1949 blies die SED zum Angriff auf die vermeintlich letzten Reaktionäre innerhalb der bürgerlichen Parteien. Wer sich nicht uneingeschränkt auf den Boden der DDR und des Sozialismus stellte, musste ausgeschaltet werden. Das Politbüro beschloss am 31. Januar 1950 nach einem Bericht Walter Ulbrichts über die Entwicklung in der CDU, den Kampf gegen die reaktionären Elemente „mit unverminderter Schärfe weiterzuführen“.⁴⁰ Gegen Siegfried Witte begann das publizistische Trommelfeuer am 25. Januar mit mehreren Artikeln in der „Landeszeitung“, dem SED-Organ. Zum äußeren Anlass diente eine Arbeitstagung des Wirtschaftsministeriums auf der Rostocker Neptunwerft am 19. Januar, zu der angeblich die Aktivisten eingeladen wurden.⁴¹ Die „Landeszeitung“ widersprach sich damit selbst, denn sie berichtete fünf Tage zuvor das Gegenteil. Weitere Vorwürfe beschuldigten Witte der Sabotage von DWK-Anordnungen, kreideten ihm die unterlassene Würdigung der Sowjetunion und der Nationalen Front an und bemängelten seine neutralistische Haltung in der Deutschlandpolitik.⁴² Zu Fall sollte ihn schließ-

38 LHAS 6.11-2, Nr. 944, Bl. 120. Ministerpräsident 1946–1952. Personal und Schulung, Schreiben Dr. Wittes an den Ministerpräsidenten vom 29.11.1948.

39 Redebeitrag Wittes in: CDU-Hauptgeschäftsstelle (Hg.), *Bewährung und Verantwortung für Deutschland. Reden und Beschlüsse der 4. Jahrestagung der CDU am 12. und 13.11.1949 in Leipzig*, Berlin o.J., S. 116ff.

40 SAPMO DY 30/IV 2/2 Br. 69. Politbüro der SED, Protokoll Nr. 69 der Sitzung am 31. 1. 1950.

41 Vgl. „Landeszeitung“, 25.1.1950, S. 1.

42 Ebd., 27.1.1950, S. 1; 28.1.1950, S. 1.

lich die Anschuldigung bringen, er sei Konsul für Spanien unter der Franco-Herrschaft gewesen.⁴³ Witte wehrte sich gegen die falschen Verdächtigungen und Vorwürfe, die von der SED durch fingierte Resolutionen und Missbilligungserklärungen aus zahlreichen Betrieben verstärkt wurden. Im CDU-Blatt „Der Demokrat“ bezog er am 1. Februar ausführlich Stellung: „Wir Wittes sind durch drei Generationen im Land als Demokraten so bekannt, daß darüber ich hier keine Worte zu verlieren brauche.“⁴⁴ Empört wandte er sich gegen die Behauptung, Hitler-Konsul für Spanien gewesen zu sein. Wegen geschäftlicher Beziehungen sei er 1931 zum Vizekonsul der Spanischen Republik ernannt worden und habe dieses Amt im Interesse der in Rostock ansässigen Spanier beibehalten.

Im Landtag signalisierte der SED-Abgeordnete Erich Glückauf am 26. Januar 1950 deutlich, dass Witte das Vertrauen seiner Partei nicht mehr besitze. Nach einer Eloge auf die deutsch-sowjetische Freundschaft erklärte er explizit, dass die SED keine Doppelzüngler gegenüber der Sowjetunion in der Verwaltung und in den Behörden mehr dulde. Sie seien eine besondere Gefahr, sie sind – so Glückauf mit indirektem Verweis auf Witte – „die Fünfte Kolonne im Rücken der Nationalen Front“.⁴⁵ Die Misstrauenserklärung der SED verfehlte ihre Wirkung nicht. Die CDU ließ die Sitzung unterbrechen und verlangte einen Ordnungsruf für Glückauf, doch der Landtagspräsident Carl Moltmann (SED) wiegelte ab.⁴⁶ Daraufhin warf sich der CDU-Abgeordnete Josef Küchler nochmals leidenschaftlich in die Debatte und hielt der SED die unsachlichen Angriffe, ihre tagtägliche Missachtung der Grundrechte und der Verfassung vor. Währenddessen protestierten von der SED bestellte „Arbeiterdelegationen“ lauthals gegen den LDP-Abgeordneten Edmund Geissler und Wirtschaftsminister Witte. Mit dem Ausscheiden der CDU-Abgeordneten Dr. Witte, Dr. Kaltenborn, Paul Reichert, Adolf Lüben und des LDP-Abgeordneten Edmund Geissler auf der nächsten Sitzung am 16. Februar 1950 war der Widerstand der CDU-/LDP-Oppositionellen endgültig gebrochen.⁴⁷

Von den Vorwürfen zermürbt, erklärte Siegfried Witte am 30. Januar 1950 seinen Rücktritt vom Amt des Wirtschaftsministers. In einem Schreiben an seine Angestellte bedankte er sich für die loyale Zusammenarbeit. Gegenüber seinen Widersachern aus der SED zeigte sich der Christdemokrat versöhnlich: „Denjenigen, die geglaubt haben, nicht mit mir zusammenarbeiten zu können,

43 Ebd., 30.1.1950, S. 1.

44 „Der Demokrat“, 1.2.1950, S. 2.

45 LHAS 6.11-1, Nr. 259. Landtag Mecklenburg 1946–1952, Sitzungsberichte 1950, 54. Sitzung am 26.1.1950, S. 2100.

46 Vgl. Ebd., S. 2105.

47 Vgl. Ebd., 55. Sitzung am 16.2.1950, S. 2127.

verzeihe ich. Unsere Arbeit dient – gleichgültig an welcher Stelle wir in Staat und Wirtschaft stehen – dem Wohl unseres Volkes.“⁴⁸

Wittes Ausschaltung als Wirtschaftsminister war Teil einer SED-gesteuerten Kampagne zur Säuberung der CDU. Fast zeitgleich traten CDU-Minister in Sachsen und Brandenburg zurück. Der Vorsitzende der sächsischen CDU, Prof. Hugo Hickmann, nahm ebenfalls nach üblem „Dauerbeschluss“ seinen Hut.⁴⁹ Die aufwendige Inszenierung von Volksprotesten trug Früchte. In Rostock erschien am 1. Februar 1950 eine Sonderausgabe des „Werftechos“, der Betriebszeitung der Neptun-Werft, mit der Aufmachung: „Die feindlichen Umtriebe der Witte-Clique in Rostock“.⁵⁰ Mehrere Protestresolutionen z. B. des FDJ Kreisvorstandes Randow und der SED-Betriebsgruppe im Rößeler Sägewerk gingen beim CDU-Landesvorstand ein.⁵¹ Der Druck wuchs. Der geschäftsführende Vorstand der Landes-CDU, der mittlerweile nur noch aus SED-getreuen Funktionären bestand, beriet mehrmals auch im Auftrag des Gesamtparteivorstandes, dem Witte angehörte. Schließlich fasste er am 23. Februar 1950 den Beschluss, Witte wegen parteischädigenden Verhaltens aller Ämter zu entheben und aus der Partei auszuschließen. Die von der SED souflierte Begründung lautete, dass Witte bei seiner Nominierung zum Wirtschaftsminister keine Angaben über seine Tätigkeit als spanischer Konsul gemacht habe.⁵² Der Parteivorsitzende Dr. Reinhold Lobedanz riet Witte, sich „ganz aus dem politischen Leben zurückzuziehen“.⁵³

Die SED hatte es nach Wittes Rücktritt auf seinen Firmenbesitz abgesehen. Das SED-geführte Innenministerium ließ die Finanz- und Vermögensverhältnisse des Unternehmers Witte überprüfen, insbesondere eine ordnungsgemäße Abführung der Steuern.⁵⁴ Siegfried Witte kam unter dem Vorwand, als Minister den Ankauf von Maschinen aus dem Besitz Republikflüchtiger genehmigt zu haben, für kurze Zeit in Untersuchungshaft. Wegen seines Asthmaleidens war er nicht haftfähig. Im August 1951 wurde ihm vor dem Landgericht

48 LHAS 6.11-14, Nr. 309. Ministerium für Wirtschaft 1945–1952, Rücktrittserklärung des Ministers Witte 1950, Schreiben Dr. Wittes an die Angestellten des Ministeriums vom 30.1.1950.

49 „Der Demokrat“, 31.1.1950, S. 1.

50 „Werftecho. Betriebszeitung der Schiffswerft Neptun Rostock“, 1. Jg., Sonderausgabe vom 1.2.1950.

51 Vgl. ACDP 03-036-001. CDU-LV Mecklenburg, Fall Dr. Witte. Protestresolutionen des FDJ-Kreisvorstandes Randow vom 29.1.1950 und der SED-Betriebsgruppe bzw. Betriebsgewerkschaftsleitung des Sägewerkes Rößel vom 30.1.1950.

52 Vgl. Protokoll über die außerordentliche Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am 23.2.1950. Ebd.

53 Schreiben des Landesvorsitzenden Dr. Lobedanz an Dr. Friedrich [sic!] Witte vom 2.2.1950. Ebd.

54 LHAS 10.34-1, Nr. 256, Bl. 30. SED-Landesleitung Mecklenburg. Akten Wirtschaftsminister Witte, Schriftwechsel zwischen Landeskommission für Staatliche Kontrolle und Hauptabteilung Personal und Schulung des Innenministeriums vom 28.1.1950.

Greifswald der Prozess gemacht. Allerdings musste das Verfahren im Dezember eingestellt werden, da Witte zwischenzeitlich bereits in den Westen geflohen war.⁵⁵ Sein Bruder Carl, der die Rostocker Firma weiterführte, wurde im August 1951 durch einen Treuhänder ersetzt. Im Oktober 1952 war die Firma bereits als VEB Pepton in Volkseigentum überführt.⁵⁶

Die Gebrüder Witte ließen sich in Frankfurt/M. nieder und führten die Chemische Fabrik Friedrich Witte im kleinen Maßstab weiter. Politisch engagierte sich Siegfried Witte im Königsteiner Kreis, einer Vereinigung von Juristen, Volkswirten und Beamten aus der SBZ. Der Verein wollte über die Verhältnisse in der SBZ/DDR informieren, organisierte Vortragsveranstaltungen und Gutachten. 1952 wurde Witte dort Geschäftsführer. Rückblickend auf das eigene Schicksal schrieb er 1959 über den Sowjetzonenflüchtling: „Die Flucht aus der Sowjetzone erfolgt nicht auf behördliche Anweisung, sondern sie bedingt in jedem Einzelfalle den Entschluß, die Heimat zu verlassen und die Existenz aufzugeben, weil das weitere Bleiben unerträglich oder allzu gefährlich geworden ist. Das sowjetische System in der Zone verbindet den Vollzug einer als geradezu naturgesetzlich notwendig gesehenen gesellschaftlichen Umwälzung mit großer Willkür in der Anwendung von Maßnahmen gegen den Einzelnen.“⁵⁷ Aus diesem Bewusstsein heraus engagierte sich Siegfried Witte auch in der Exil-CDU. Er starb am 19. November 1961 in Frankfurt/M.⁵⁸

Werner Jöhren – Ein Christdemokrat mit Oppositionsgeist

Der Name des CDU-Politikers Werner Jöhren ist heute selbst in Fachkreisen der Historiker kaum bekannt. Der Verlagsbuchhändler war nach dem Zweiten Weltkrieg erster demokratisch gewählter Landrat auf der Insel Usedom und zugleich Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Als treuer Anhänger und Bewunderer des Ost-CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser trat er nach dessen Entmachtung von seinen Ämtern zurück. Er ging 1948 in den Westen und leitete

55 Günter BUCHSTAB (Hg.), *Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine biographische Dokumentation*, Düsseldorf 1998, S. 443.

56 Vgl. Archiv der Hansestadt Rostock. Chemische Fabrik Friedrich Witte, Bericht des Treuhänders Ludwig Mayer an die Hauptabteilung Industrie des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit vom 31.8.1951.

57 Siegfried WITTE, *Der Königsteiner Kreis 1949–1959. 10 Jahre Mitarbeit an der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit*, Frankfurt/M. 1959, S. 6.

58 Ein Nachruf aus der Feder seines ehemaligen Kollegen Dr. Karl-Heinz Kaltenborn – Rechtsanwalt in Krefeld und 1. Sprecher der Mecklenburgischen Landsmannschaft – erschien in der Zeitschrift der Exil-CDU „Stimme im Exil“, Nr. 22, Dez. 1961, S. 12.

bis zu seinem Tode 1959 das CDU-Ostbüro, das Verbindungen zu CDU-Mitgliedern in der SBZ bzw. DDR unterhielt.

Werner Jöhren wurde am 1. September 1900 in Guben (Niederlausitz) als Sohn des Architekten und Baumeisters Heinrich Jöhren geboren. Nach Besuch des Humanistischen Gymnasiums erlernte er das Maurer- und Zimmerhandwerk, absolvierte die Baugewerksschule und wirkte danach als Architekt im väterlichen Geschäft. Etwa 1930 begann Jöhren zu schriftstellern, 1933 gründete er in Berlin sein eigenes Verlagsunternehmen, den West-Ost-Verlag. Als der Verlag 1943 in der Reichshauptstadt ausgebombt wurde, lagerte Jöhren ihn nach Heringsdorf aus.⁵⁹

Erste politische Erfahrungen sammelte Jöhren ab 1930 im Hauptaktionsausschuss der Deutschen Staatspartei, in der sich die wenigen Liberalen am Ende der Weimarer Republik scharten. Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte er sich für den Wiederaufbau zur Verfügung. Ehrenamtlich übernahm er im Mai 1945 die Leitung des Amtes für Kultur und Volksbildung auf Usedom. Jöhren gehörte zu den Mitbegründern der CDU auf Usedom und war erster Kreisvorsitzender. In der CDU sah er nicht den „Abklatsch der Zentrumspartei“, sondern „eine neue Bewegung, die entstanden ist aus der Not der Zeit und die mit allen bürgerlichen Parteien vergangener Zeit auch nicht das geringste mehr zu tun hat“.⁶⁰ Als die CDU bei den Kreistagswahlen 1946 stärkste Partei wurde, wählte man Jöhren zum Landrat der Insel.

Werner Jöhren hing dem Ideal des CDU-Zonenvorsitzenden Jakob Kaisers von einem Sozialismus aus christlicher Verantwortung an, er bejahte eine gemeinsame, solidarische Blockpolitik und negierte jeden Separatismus. Die Vorstellung von Kaiser, dass die Union eine Brücke zwischen Ost und West bilden könne, deckte sich nicht nur mit dem Namen des Inselverlages Jöhrens, sondern auch mit der Einstellung des Besitzers. Wie bei Kaiser kühlte sich Jöhrens Verhältnis zur Besatzungsmacht ab, als die Russen seine politische Eigenständigkeit bemerkten. So protestierte die CDU Usedom gegen die polnischen Ansprüche auf die gesamte Insel, die noch im Herbst 1945 von Swinemünde aus verwaltet wurde und ausschließlich deutsch bevölkert war.

Bei der Landtagswahl 1946 wurde die CDU mit 34,1 Prozent nach der SED (49,5 Prozent) zweitstärkste Kraft. Sie stellte mit 31 mehr als ein Drittel aller Abgeordneten (90). Zum Fraktionsvorsitzenden kürte die Partei im November

59 Zum Lebenslauf von Werner Jöhren siehe das *Handbuch für den Mecklenburgischen Landtag* (wie Anm. 3), S. 90f. Eine kurze biographische Skizze bei Marco MICHELS, *Ins Visier der neuen Machthaber geraten. Eine Erinnerung an Werner Jöhren (1900–1959), ehemaliger Landrat auf Usedom und Fraktionsvorsitzender im Landtag Mecklenburg-Vorpommern*, in: „Mecklenburg“ 8 (2001), S. 19.

60 ACDP 01-350-002/2. NL Werner Jöhren. Reden, Referat auf der Parteiversammlung der Usedomer CDU im Hotel Deutsches Haus am 30.6.1946.

1946 Jöhren. Seine starke Stellung innerhalb der Fraktion basierte nicht zuletzt auf dem Insel-Wahlsieg, der für die CDU nur im Kreis Schönberg nochmals gelang. Werner Jöhren arbeitete im Hauptausschuss des Landtages mit und führte im Verfassungsausschuss den Vorsitz.⁶¹ Dadurch überschätzte er die Bedeutung der Verfassung – wie andere auch – offensichtlich. So sprach der Landrat Usedom's anlässlich der letzten Lesung der Verfassung am 15. Januar 1947 von einer „geschichtlichen Stunde“.⁶² Dennoch musste er zugeben, dass die Regelung des Religionsunterrichts für die CDU unbefriedigend geblieben sei. Zudem täuschten sich Liberale und Christdemokraten gleichermaßen über die Durchsetzungsfähigkeit der Verfassung. Dabei hätte ihnen zu denken geben müssen, dass sich die SED massiv gegen einen unabhängigen Verfassungsgerichtshof wehrte.⁶³ Trotzdem verabschiedete der Landtag die Verfassung einstimmig.

Anders als im CDU-Landesvorstand war in der CDU-Fraktion unter Werner Jöhren ein gewisser Oppositionsgeist spürbar. Gemeinsam mit seinem Stellvertreter Dr. Karl-Heinz Kaltenborn kämpfte Jöhren gegen Willkür bei Entnazifizierung, Enteignung und allgemeinem Verwaltungshandeln. Immer wieder kritisierte die CDU die einseitige Personalpolitik der SED.

Nach dem Scheitern innerdeutscher und internationaler Konferenzen 1947 steckte die Deutschlandpolitik in einer Sackgasse. Der gesamtdeutsche Anspruch Jakob Kaisers und der CDU in der SBZ stieß bei der SMA immer mehr auf Ablehnung. Zudem provozierte Kaisers Rede auf dem 2. CDU-Parteitag im September die Sowjets sehr, weil Kaiser die Union auf eine Rolle als „Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus“ festlegte. Die Ablehnung der deutschlandpolitischen Initiative der SED – die Volkskongressbewegung – nahmen die Sowjets zum Anlass, um Jakob Kaiser und seinen Stellvertreter Ernst Lemmer abzusetzen.⁶⁴ Auf die Landesverbände wurde von SED und SMA massiver Druck ausgeübt, damit Unionsmitglieder am Kongress teilnehmen und den Vorstandsbeschluss konterkarieren würden. Der Landesvorsitzende Reinhold Lobedanz knickte ein und nahm teil. Werner Jöhren und mit ihm ein Großteil der Kreisverbände verweigerten sich. In Anwesenheit des sowjetischen Polit-Offiziers Ziganow erklärte er auf der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes am 3. Dezember 1947: „Ich stehe nicht so da, daß ich sage, ich sei gegen den Block. Aber ich bin trotzdem gegen die Zustimmung zum Volkskongress, und ich möchte, daß unsere beiden Vertreter der CDU

61 LHAS 6.11-1 Nr. 125. Landtag Mecklenburg 1946–52, Mitglieder der Ausschüsse des Landtags. Siehe auch *Handbuch für den Mecklenburgischen Landtag* (wie Anm. 3), S. 121ff.

62 LHAS 6.11-1 Nr. 257. Landtag Mecklenburg 1946–52, Protokoll der 6. Vollsitzung, 15.1.1947, S. 182.

63 Protokoll der 4. Vollsitzung, 14.1.1947. Ebd.

64 Vgl. BAUS (wie Anm. 1), S. 397ff.

wieder zurückgezogen werden.“⁶⁵ Die Usedomer CDU solidarisierte sich mit dem abgesetzten Kaiser. Die SED antwortete mit einer öffentlichen Kampagne gegen Jöhren.

So stand am 28. Dezember 1947 an den schwarzen Brettern der Gemeinde Ahlbeck und vor dem Landratsamt geschrieben: „Die Inselbevölkerung hat einen Neujahrswunsch! Wir fordern zur Jahreswende einen sofortigen Rücktritt des reaktionären Landrats Jöhren. Die Bevölkerung des Kreises Usedom.“⁶⁶ Jöhrens SED-Stellvertreter und Kreisrat für Personalfragen und Kommunalpolitik, Gerd Casparius, ging zu offener Obstruktion über. Er schürte hinter dem Rücken des Landrates Misstrauen, führte Dienstanweisungen nicht aus. Eine angesetzte Betriebsversammlung boykottierte er. Jöhren musste ihn kurzerhand beurlauben. Auch drei weitere illoyale Mitarbeiter und Abteilungsleiter schickte er in den Urlaub, bis die Sache durch die Regierung überprüft worden sei. Die SED organisierte weitere Misstrauensbekundungen der Massenorganisationen und Propagandaveranstaltungen gegen Jöhren. Absurde Vorwürfe – Jöhren sei Gegner der Bodenreform und Neubauern – tauchten auf. Schließlich entzog Major Nasarow von der Kreiskommandantur dem Landrat das Vertrauen. Er machte die Beurlaubungen rückgängig und untersagte Jöhren, die Insel zu verlassen und weiterhin politischen Einfluss zu nehmen.⁶⁷ Trotz Zusage des Kommandanten, dass anstelle Jöhrens der Kreisrat Josef Zaremba und der stellv. CDU-Kreisvorsitzende Hieronymus Spehr auf der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes in Schwerin am 4. Januar 1948 Bericht erstatten dürften, wurden beide nicht von der Insel gelassen.⁶⁸ Diese Sitzung war aber entscheidend. Unter großem Druck begrüßte der CDU-Landesvorstand die Teilnahme von Dr. Lobedanz am Volkskongress und distanzierte sich von Kaiser. Oppositionelle Vorstandsmitglieder durften nicht anreisen. Eine erste Absetzungs- und Vertreibungswelle widerstrebender Funktionäre begann. Der Chefredakteur des CDU-Organs „Der Demokrat“, Arthur Janssen, trat zurück, nachdem ihn der Presseoffizier der SMA gezwungen hatte, einen Artikel gegen Kaiser zu veröffentlichen, der in allen CDU-Zeitungen der SBZ erschien.⁶⁹

Auch für den Usedomer Landrat war nach der endgültigen Trennung von Kaiser in der SBZ-CDU kein Platz mehr. Er trat auf der Kreistagssitzung am

65 ACDP 03-036-082. LV Mecklenburg, Gründung des Landesverbandes, Bericht über die erweiterte Landesvorstandssitzung, 3.12.1947.

66 ACDP 01-350-001/4. NL Werner Jöhren, Schreiben Jöhrens an den Ministerpräsidenten, 1.1.1948.

67 Schreiben des Landrates Jöhren an den Kriegskommandanten Oberstleutnant Kowjasin, 3.1.1948. Ebd.

68 Schreiben des Landrates Jöhren an Minister Warnke, 4.1.1948. Ebd.

69 Vgl. Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, 2. korr. Aufl., Düsseldorf 1991, S. 57.

9. Januar 1948 zurück. Zuvor wehrte er sich in leidenschaftlicher Rede gegen die Anwürfe der SED. Immerhin gab sein SED-Widersacher Casparius zu verstehen, dass man Jöhren kein Vergehen im Amt vorwerfen könne, sondern seine politischen Ansichten nicht mehr in die Zeit passten.⁷⁰

Werner Jöhren trat zugleich als Fraktionsvorsitzender im Landtag zurück, behielt aber das Mandat. Im Gegenzug wollten sich Heinrich Albert und Hans Wittenburg vom Landesvorstand bei der SMA dafür einsetzen, dass Jöhren die Insel mit seiner gesamten Habe verlassen dürfe. Weitere Verdächtigungen der SMA, er organisiere Kaiserstreue Truppen in der CDU, machten den Schritt einer Übersiedlung in den Westen notwendig. Während seine Frau die Verlagsbuchhandlung auf der Insel weiterführen wollte, plante Jöhren den Neuaufbau seines Verlages in West-Berlin.⁷¹ In der Nacht vom 28. zum 29. April 1948 durchsuchte die politische Abteilung der Kriminalpolizei Jöhrens Usedomer Haus. Dabei stieß sie – wie der Landtagspräsident Carl Moltmann (SED) in seiner Aufforderung zur Niederlegung des Landtagsmandates formulierte – auf belastendes Material.⁷² Tatsächlich handelte es sich um Materialien der Arbeitsgemeinschaft von CDU/CSU und der Jungen Union Berlins. Jöhren kritisierte gegenüber Moltmann die Verletzung seiner Immunität.⁷³

Mit Verweis auf die Berliner SED-Funktionäre Franz Dahlem und Erich Gniffke im Mecklenburgischen Landtag verweigerte Jöhren eine Mandatsniederlegung aus Gründen des Umzugs nun erst recht. Zudem war Jöhren auf Benzinmarken und Entschädigungen angewiesen, da er durch den Ämterverlust auch finanziell in Schwierigkeiten geraten war. An der Wahrnehmung des Mandats hinderte Jöhren in der Folgezeit vor allem sein schlechter Gesundheitszustand. Wegen einer Asthmaerkrankung musste er häufig das Krankenbett hüten.⁷⁴

Als ehemaliger Spitzenfunktionär verfügte Werner Jöhren bereits 1948 über gute Kontakte bis in die Kreisverbände der CDU hinein. Er pflegte diese informellen Netzwerke weiter und baute sie systematisch auf. Jöhren korrespondierte freundschaftlich mit dem stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Karl-Heinz Kaltenborn und dem Leiter des Fraktionsbüros Gehrken. Vermutlich mischte er sich sogar in den Landesparteitag 1948 mit einem anonymen Brief ein, der den geschäftsführenden Vorstand um Lobe-

70 ACDP 03-036-082. Protokoll der 10. Kreistagssitzung des Kreises Usedom in Ahlbeck, 9.1.1948.

71 Schreiben Jöhrens, MdL, an den Landesvorstand der CDU, 20.2.1948. Ebd.

72 Vgl. ACDP 01-350-001/3. NL Werner Jöhren, Fraktionsangelegenheiten, Schreiben des Landtagspräsidenten Carl Moltmann an Werner Jöhren, 24.6.1948.

73 Vgl. ACDP 01-350-001/4. NL Werner Jöhren, Schreiben Jöhrens an Carl Moltmann, 29.6.1948.

74 Vgl. ACDP 01-350-001/3. NL Werner Jöhren, Schreiben Jöhrens an die CDU-Landtagsfraktion, 10.5.48 bzw. an Dr. Karl-Heinz Kaltenborn, 2.6.48.

danz als Verräter an der Sache Kaisers schalt und die Delegierten zur Abwahl aufforderte.⁷⁵ Dr. Kaltenborn hielt die Sache für ungeeignet, da sie das Misstrauen der SMA noch verstärkte: Er schrieb Jöhren: „Ich muß aber feststellen, daß man außerhalb der Ostzonen-CDU nach meiner Auffassung jedenfalls die Dinge völlig falsch sieht und restlos ungeeignete Mittel anwendet, um angeblich das Gedankengut der CDU zu fördern. Was wir brauchen, ist Ruhe einerseits, also keine Störungen von außerhalb, die nur zu Mißtrauen führen, und andererseits Charakterfestigkeit, die jeder selbst mitbringen muß ... Jedes Versteckspielen gegenüber der SMA halte ich für kindlich naiv, da es nur eine völlige Verkenning des vorzüglichen russischen Nachrichtendienstes bedeuten würde.“⁷⁶

Andauernde Krankheit und die Gefahr einer Verhaftung ließen Werner Jöhren zögern, das Landtagsmandat weiter auszuüben. Die Fraktion war zweigespalten, weil sie ihrem ehemaligen Vorsitzenden einerseits finanziell unter die Arme greifen wollte, aber andererseits nicht mehr mit seiner Mitarbeit rechnen konnte.⁷⁷ Eine freiwillige Niederlegung kam für Jöhren indes nicht in Betracht. „Terror und Zwang“ mochte er nicht unterstützen. Jöhren blieb nach eigener Aussage „lieber heimatlos als charakterlos“.⁷⁸ Dadurch brachen die offiziellen Brücken nach Mecklenburg ab. Der geschäftsführende Vorstand leitete im Oktober 1948 unter fadenscheiniger Begründung ein Ausschlussverfahren gegen Jöhren ein.⁷⁹ Dieser verwies darauf, dass für ihn der Landesverband Berlin zuständig wäre, weil er an seinem neuen Wohnort in Tempelhof Beiträge zahlte.⁸⁰ Sein Vorgehen in dieser Frage stimmte er mit dem Kaiser-Vertrauten Dr. Robert Tillmanns ab. Da eine Aberkennung des Landtagsmandates eine Zweidrittel-Mehrheit unter CDU-Beteiligung vorausgesetzt hätte, wollte er die Abgeordneten nicht unter Druck setzen.⁸¹

Werner Jöhren begann im Herbst 1948 von Berlin aus neue politische Aktivitäten. Von einer Kandidatur für die Berliner Stadtverordnetenversammlung nahm er wieder Abstand.⁸² In seiner Buchhandlung in Tempelhof vertrieb er Blätter und Presseorgane der Berliner CDU. Darüber hinaus beteiligte sich

75 Vgl. ACDP 01-350-001/2. NL Werner Jöhren, Anonymer Brief an die Delegierten des Landesparteitags 1948, unterzeichnet mit „Ein Kreis, der die Entscheidung bringen will“.

76 ACDP 01-350-001/3. NL Werner Jöhren, Schreiben von Dr. Karl-Heinz Kaltenborn an Werner Jöhren, 13.7.1948.

77 Schreiben Jöhrens an CDU-Landtagsfraktion vom 21.8.48 und Protokollauszug der Fraktionssitzung am 23., 24. und 25.8.1948. Ebd.

78 Antwortschreiben von Jöhren, 16.10.1948, auf die Aufforderung der CDU-Fraktion, das Mandat niederzulegen, 1.10.1948. Ebd.

79 Schreiben des CDU-Landesverbandes an Jöhren, 11.10.1948. Ebd.

80 Antwortschreiben Jöhrens an den Landesverband, 19.10.1948. Ebd.

81 Vgl. ACDP 01-350-001/2. NL Werner Jöhren, Schreiben von Jöhren an das Kaiserbüro z. H. Dr. Tillmanns, 13.10.1948.

82 Schreiben Jöhrens an den KV Tempelhof, 29.9.1948. Ebd.

Jöhren an der Gründung eines kulturpolitischen Arbeitskreises und bot Referate zum Thema „Erlebnisse eines CDU-Landrates in der Ostzone“ an. Seit dem 20. Januar 1949 war er Vorsitzender der CDU-Ortsgruppe „Germania“ in Tempelhof. Ende 1948 begann sein Einsatz für CDU-Zonenflüchtlinge, darunter der Mecklenburger CDU-Landtagsabgeordneter Gerhard Lenski aus Anklam und politische Freunde aus Usedom.

Jakob Kaiser sah sich nach seiner Entmachtung als einzig legaler Vorsitzender der CDU in der SBZ. Aus diesem Anspruch heraus gründete er in Berlin-West die Exil-CDU. Auf ihrem ersten Parteitag 1950 nahmen 160 Delegierte des CDU-Zonen-Parteitages von 1947 teil, die mittlerweile in den Westen geflohen waren. Darunter waren 2 Minister, 21 Mitglieder von Landesvorständen, 37 Kreisvorstände, 19 Landtagsabgeordnete, 26 Landräte und Bürgermeister und 36 Kreistagsabgeordnete.⁸³ Die Ost-CDU blutete aus und verlor bis 1950 ca. 25 Prozent ihrer Mitglieder an den Westen.

Werner Jöhren wurde 1950 Sprecher der mecklenburgischen Landsmannschaft in der Exil-CDU, sein Stellvertreter der ebenfalls 1950 in den Westen geflüchtete Rechtsanwalt und Landtagsabgeordnete Dr. Karl-Heinz Kaltenborn.⁸⁴ Bereits im Juli 1949 wurde Werner Jöhren im Büro Kaiser eingestellt, das nun Ostreferat oder Ostbüro der CDU hieß. Zwei Monate später war er Leiter desselben. Kaiser – nunmehr unter Adenauer Minister für Gesamtdeutsche Fragen in Bonn – bezuschusste das Ostbüro verdeckt. Es sollte Kontakt halten zu den CDU-Mitgliedern im Osten, über die Zustände in der SBZ aufklären, Informationen sammeln und Flüchtlinge betreuen. Flugblattaktionen per Ballonabwurf folgten. Dadurch geriet das Ostbüro immer mehr ins Visier des sowjetischen Geheimdienstes und der Staatssicherheit. Erst mit Jöhrens plötzlichem Tod 1959 und dem Mauerbau ging die Bedeutung des Büros zurück.⁸⁵

Werner Jöhren starb am 27. Juni 1959 auf Kur in Bad Salzschlirf, wo er Linderung seiner Lungenkrankheit finden wollte. In der Traueranzeige des Hauptvorstandes der Exil-CDU hieß es: „Mit tapferer Gesinnung und in aufrechter Haltung hat er sich von 1945 bis 1948 bemüht, ein demokratisches Leben nach deutschen Vorstellungen zu entwickeln und die politische Entfremdung des Landes zwischen Elbe und Oder zu verhindern.“⁸⁶ Sein lang-

83 Vgl. ACDP 03-013-682/5. Exil-CDU, Aufstellung der Delegierten zum 1. Exilparteitag der CDU der SBZ in West-Berlin 1950.

84 Vgl. ACDP 03-013-648/5. Exil-CDU, Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern bis 1990.

85 Vgl. Wolfgang BUSCHFORT, *Parteien im kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP*, 1. Aufl., Berlin 2000, S. 57ff.

86 Vgl. Traueranzeige namens des Hauptvorstandes der CDU der SBZ, 29.6.1959, in: „Stimme im Exil, Mitteilungsblatt der Exil-CDU der SBZ“, Nr. 15, Juli 1959, S. 15; Artikel von J. B. Gradl, S. 1.

jähriger Weggefährte Dr. Kaltenborn meinte sogar: „Die politische Arbeit der CDU in Mecklenburg in den Jahren 1945–48 ist nicht denkbar ohne den Namen Werner Jöhren.“⁸⁷

⁸⁷ Vgl. Nachruf von Dr. Kaltenborn in: „Stimme im Exil“, Nr. 16, Dezember 1959, S. 11f.